

Liebe Leserinnen und Leser,

gleich zwei Studien widmeten sich in den vergangenen Wochen dem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Saarland. Die Studie „Regenerative Vollversorgung im Strommarkt“ der juwi Holding AG im Auftrag der saarländischen Umweltverbände zeigt den Weg zur hundertprozentigen Deckung des Strombedarfs durch Erneuerbare Energien bis zum Jahr 2030 auf. Die Energiewende hat das ehrgeizige Konzept mit herausgegeben, um zu demonstrieren, dass auch - oder besser gerade - das Saarland die Chancen nutzen sollte, auf eine umweltschonende Energiezukunft umzusatteln: für eine höhere Wertschöpfung in der Region, für langfristig sichere Arbeitsplätze, für bezahlbare Energiepreise und für ein besseres Klima.



Dass wir hier noch erheblichen Nachholbedarf haben, zeigt die Studie „Best Practice für den Ausbau Erneuerbarer Energien – Vergleich der Bundesländer“ der Agentur für Erneuerbare

Energien in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung. Der Vergleich von 49 Kriterien im Bereich Erneuerbare Energien ergab, dass das Saarland hier im Durchschnitt am schlechtesten und Brandenburg am besten abschneidet. Der Unterschied: Brandenburg nutzt seine Potenziale zur Nutzung Erneuerbarer Energien und für einen technologischen und wirtschaftlichen Wandel am optimalsten und strengt sich an, auch in Zukunft im Bereich der Erneuerbaren Energien Vorreiter zu bleiben. Ganz anders leider das Saarland: Es verpasst den dringend erforderlichen Strukturwandel hin zu klimafreundlichen Energieträgern und weiß seine riesigen Chancen, die sich dadurch auch technologisch und wirtschaftlich ergeben, nicht zu nutzen. Mehr zu den Einzelergebnissen im folgenden Artikel.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Simone Peter

## Studie belegt Versagen der saarländischen Landesregierung in der Energie- und Klimapolitik

von Simone Peter

Die Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin hat zusammen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung (ZSW) Mitte November eine Studie zu den Anstrengungen und Erfolgen der Bundesländer im Bereich Erneuerbare Energien veröffentlicht. Diese liefert einen weiteren Beweis für eine verfehlte Energie- und Klimapolitik der saarländischen Landesregierung: Der letzte Platz für das Saarland zeigt wiederholt, dass das Saarland bei den politischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energieversorgung, den Anteilen und Zubauraten der meisten Erneuerbaren-Energien-Technologien sowie

den Wirtschaftseffekten, die sich aus der Nutzung Erneuerbarer Energien ergeben, seine Chancen nicht genutzt hat. Das Schlusslicht verpasst den dringend erforderlichen Strukturwandel hin zu klimafreundlichen Energieträgern, der in vielen anderen Bundesländern einen ökonomischen Aufbruch und eine Vielzahl von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen geschaffen hat.

Die saarländischen Umweltverbände und das Unternehmen juwi haben vor kurzem ein Energiekonzept vorgelegt, das die Möglichkeit eines vollständigen Umstiegs auf EE im Saarland bis zum Jahr 2030 belegt und darin erhebliche

Vorteile für den Wirtschaftsstandort (20.000 neue Arbeitsplätze, Investitionen von ca. 7,3 Mrd. Euro), die Energieverbraucher (langfristig stabile Strompreise) und für den Umwelt- und Klimaschutz sieht. Dem Saarland als „Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien“ wird damit ein Weg aufgezeigt, zukunftsfähiges Energieland zu werden. (siehe gesonderter Bericht von Christian Bersin)

Die Konzepte liegen also vor, die Schwachstellen sind benannt – nun muss die Landesregierung endlich handeln und Flagge für die Erneuerbaren Energien setzen. Noch ist es nicht zu spät, die Chancen zu nutzen, aber ein dauerhaft letzter Platz bei Klima- und Energiestudien kann sich das strukturschwache Land nicht leisten!

Ausbaus. Deswegen steht vor allem die Bioenergie im Fokus der zukünftigen erneuerbaren Energieversorgung.

Erneuerbare Energien tragen derzeit jeweils nur mit 3 % zur Gesamtstromerzeugung (2006) und zum Gesamtwärmeverbrauch (2005) des Landes bei. Damit rangiert das Saarland auf hinteren Plätzen (Rang 14 und Rang 11). Die Stromerzeugung aus Wasserkraft bezogen auf das Potenzial belegt mit 134 GWh (2007) Platz 4, allerdings sind in den vergangenen Jahren hier kaum Zuwächse zu verzeichnen (Rang 13). Bei der Windkraft verhält es sich umgekehrt: Es wird nur vergleichsweise wenig Strom aus Wind erzeugt (2006: 104 GWh) (Rang 12), der Leistungszuwachs ist – auf geringem Niveau – aber relativ hoch (Platz 5).

Die Stromerzeugung aus Photovoltaik (19,1 GWh, 2006) und deren Zuwachs seit dem Jahr 2001 können als erfolgreich eingestuft werden (Plätze 4 und 3).

Im Gegensatz dazu landet das Saarland bei der Stromerzeugung aus Biomasse (2006: 23 GWh) auf dem letzten Platz, sowohl bezogen auf das Potenzial als auch auf den Zuwachs. Bei der Stromerzeugung aus Biogas (2006: 15,2 GWh) rangiert das Saarland potenzialbezogen auf einem mittleren Platz.



### Die Beurteilung des Saarlandes im Wortlaut der Studie

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll im Saarland stärker als bisher in den Vordergrund gerückt werden. Konkrete Ausbauziele für Erneuerbare Energien werden bisher aber nicht genannt (Rang 13), ein Energieprogramm fehlt (Rang 11). Im aktuellen „Saarländischen Klimaschutzkonzept 2008-2013“ sind als Ziele für 2020 lediglich der Ausbau von Windenergie auf 200 MW installierte Leistung und von Photovoltaik auf 100 MW sowie ein Biogasanteil von 10 % am Gasverbrauch genannt. Auch der Wasserkraft wird kein Ausbaupotenzial eingeräumt. Die Durchsetzbarkeit des Wind- und Wasserkraftausbaus wird im Maßnahmenkatalog des Konzepts zudem ebenso angezweifelt wie die Effizienz des dezentralen PV-

Zur regenerativen Wärmeversorgung tragen vor allem die Solarthermie mit 48,3 GWh (2007) und Pelletsheizungen mit 26,8 GWh (2007) bei. Die potenzialbezogene solare Wärmeerzeugung schneidet überdurchschnittlich gut ab (Rang 5), während der Zuwachs seit 2002 hier nur einen hinteren Platz einnimmt (vorletzter Rang). Pelletsheizungen rangieren bezogen auf das Potenzial und auf den Zuwachs der Leistung seit 2002 auf mittleren bis vorderen Plätzen. Handbefeuerte und Holzhackschnitzel-Biomasseanlagen sind im Saarland unterdurchschnittlich vertreten (Rang 12).

Tiefengeothermie spielt noch gar keine Rolle. Der Biokraftstoffabsatz nimmt im Verhältnis zum Gesamtkraftstoffabsatz ebenfalls einen hinteren Rang ein (Rang 14). Um die Nutzung Erneuerbarer

Energien zu verstärken, müssten in erster Linie die bestehenden administrativen Hemmnisse und Bedenken, vor allem in den Bereichen Windenergie, Bioenergie und Geothermie abgebaut (letzter Platz beim Indikator Hemmnisbeseitigung) und die Informationen über die Nutzungsmöglichkeiten aller Technologien erheblich optimiert werden (Rang 9). Auch die Qualität der Energieberichterstattung ist erheblich verbesserungsbedürftig (letzter Platz).

Der technologische Wandel rangiert im Bereich der Erneuerbaren Energien im Saarland auf niedrigem Niveau. Zwar sind die Ausgaben für F&E im Bereich Erneuerbarer Energien im Verhältnis zum BIP hoch (Rang 3) und es sind relativ viele Forschungseinrichtungen zu Erneuerbaren Energien im Verhältnis zu allen Forschungseinrichtungen im Land vorhanden (Rang 7), das politische Engagement für die EE-Branche und die bisherigen Ansiedlungsstrategien rangieren aber

weit hinten (Plätze 15 und 13). Daher sind auch keine Erfolge bei der Produktion zu verzeichnen. Das Saarland rangiert hier bei den PV-Beschäftigten und den direkten Windbeschäftigten (jeweils bezogen auf die Gesamtarbeitnehmerschaft) sowie bei den Biokraftstoffindikatoren auf dem letzten Platz.

Ein Leuchtturmprojekt ist der Markushof nahe der Gemeinde Losheim, der auf Initiative der saarländischen ÖkoStrom Saar GmbH im Rahmen von Bürgerbeteiligungsmodellen Biogas (500 kWel, 450 kWth), Windkraft (2 MW) und Photovoltaik zur Strom- und Wärmeversorgung nutzt. Zudem wird die überschüssige Wärme aus der Biogasnutzung für die Trocknung von Holzhackschnitzeln verwendet.

([www.oekostrom-saar.de/artikel/markushof.htm](http://www.oekostrom-saar.de/artikel/markushof.htm))

Die Studie der Agentur für Erneuerbare Energien ist zu finden unter [www.leitstern2008.de](http://www.leitstern2008.de).

## **100 % Strom aus erneuerbaren Energien im Jahr 2030 machbar! Umweltverbände und Juwi haben Studie für Saarland vorgelegt**

von Christian Bersin

Im Jahre 2030 kann das Saarland mengenmäßig seinen gesamten Strombedarf mittels Erneuerbarer Energien (EE) decken – wenn es gewollt ist. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Firma Juwi im Auftrag der saarländischen Umweltverbände BUND, NABU, IG Höcherberg und Energie-wende Saarland e.V. erarbeitet und kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Studie zeigt damit den Weg auf, den man in dem vor einen halben Jahr von Umweltminister Mörسدorf vorgestellten saarländischen Klimaschutzkonzept so schmerzlich vermisst. Bei Mörسدorf spielten EE auch in Zukunft keine Rolle, folglich war er auch der erste Kritiker der Studie der Umweltverbände. Das Ergebnis des ebenfalls in diesem Magazin vorgestellten Länderrankings für die EE – das Saarland ist bei erneuerbaren Energien auf dem letzten Platz – ist die Quittung für die Mörسدorf'sche Politik der vergangenen neun Jahre und die fehlende Perspektive seiner Politik. Die Umweltverbände haben mit Juwi nun versucht, eine realistische Perspektive aufzuzeigen, die die politische Durchsetzbarkeit und Akzeptanz einzelner Maßnahmen erhöhen soll.

### **Wind und Sonne sind Hauptlieferanten**

Mit über 37 % ist Windenergie in der Lage, den größten Teil der saarländischen Stromversorgung zu übernehmen. Dazu sind (nur!) 130 Anlagen der 6 MW Klasse notwendig. Bereits heute sind über 60 Anlagen erbaut, die durch die neuen Anlagen „repower“ (d.h. Ersatz alter durch leistungsstärkere neue Anlagen) werden könnten. Photovoltaik ist mit installierten 2400 MW und einem Jahresenergiebeitrag von 34 % fast genauso wichtig zur Stromerzeugung. Zur Errichtung der Anlagen sind insgesamt ca. 46,7 km<sup>2</sup> Fläche notwendig, das entspricht 9 % der Siedlungs- und Verkehrsflächen bzw. 1,8 % der Gesamtfläche des Saarlandes.

### **Bioenergie liefert Regelenergie**

Biogas und Biomasse sind leicht und damit kostengünstig speicherbar und werden deshalb zukünftig zur Stromerzeugung vor allem dann eingesetzt, wenn Sonne und/oder Wind wenig liefern. 20 % des Strombedarfs könnten im Jahr 2030 so aus Bioenergie gewonnen werden. Allerdings könnten die Rohstoffe auch zur Wärme- oder Treibstoffversorgung herangezogen werden.

Deshalb ist ein "Stoffstrom- und Flächenmanagement" notwendig, um den Einsatz zu optimieren.

### **Ergänzung durch Grubengas, Erdwärme, Wasserkraft**

Grubengas ist schon heute wichtig zur Stromversorgung und wird auch im Jahr 2030 ca. 5 % des Bedarfs decken. Durch den Ausbau der Wasserkraft können im Jahr 2030 weitere 2 % des Strombedarfs gedeckt werden. Und die tiefe Geothermie (Erdwärme) wird zwar hauptsächlich zur Wärmeversorgung genutzt aber nebenbei die verbleibende Lücke von 2 % des Strombedarfs schließen können. Diese Zahl ist sehr niedrig angesetzt, weil heute noch zu wenig Informationen für eine realistische Einschätzung des Potenzials vorliegen.

### **20.000 neue Arbeitsplätze und weitere Vorteile**

Die Umsetzung des Szenarios ist keineswegs utopisch, wie z.B. der Bereich Wind zeigt. Bis 2030 müssten jährlich ca. 6 Windkraftanlagen errichtet werden, angesichts tausender Anlagen bundesweit ein Kinderspiel. Oder ca. 100 MW Fotovoltaikleistung pro Jahr. 2008 werden bundesweit bereits 1500 MW erwartet. Und dafür erhalten wir eine praktisch kohlendioxidfreie und damit denkbar saubere und klimafreundliche Stromerzeugung. Wir werden unabhängig von Rohstoffimporten und deren Verteuerung - die Strompreise können mithin stabil bleiben. Der Strom aus EE dürfte im Jahr 2030 damit deutlich preiswerter sein als Strom aus Atom oder Kohle. Durch die vielen dezentralen Kraftwerke wird die Versorgungssicherheit steigen, weil die Abhängigkeit von wenigen großen Kraftwerken sinkt. Und durch die notwendigen Investitionen in Höhe von ca. 7,3 Milliarden € –

das entspricht dem dreieinhalbfachen der für das Großkraftwerk Ensdorf veranschlagten Kosten – und die jährliche Umsätze in Höhe von ca. 700 Mio. € können 20.000 neue Arbeitsplätze im Land entstehen.

### **Fazit**

Aus Sicht der Energiewende ist die vorgelegte Studie ein Meilenstein für den Umbau der saarländischen Stromversorgung. Dabei ist das Papier keine Bibel und Veränderungen durch technischen Fortschritt können zu Verschiebungen zwischen den einzelnen Technologien führen. Aber sie zeigt: es ist möglich, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum ganz auf EE umzusteigen, wenn man will! Auch das Stromnetz muss an die Erfordernisse angepasst und ausgebaut werden und zur Zwischenspeicherung des gerade nicht benötigten Stroms sind die wirtschaftlich und ökologisch besten Möglichkeiten herauszufinden und einzusetzen. Bei den Stromspeichern könnten die in Zukunft in weit größerer Stückzahl rein elektrisch betriebenen Kraftfahrzeuge bzw. ihre Akkus eine preiswerte Möglichkeit darstellen. Zusammen mit dem weit geringeren Energiebedarf der Elektrofahrzeuge und der Unabhängigkeit vom Rohstoff Erdöl also ein weiterer guter Grund für die Landesregierung, das Thema Elektromobilität nicht weiter zu verschlafen.

Zum Nachlesen:

ausführlich:

[http://www.bund-saar.de/cms/upload/pdf/energiestudie/Saarland\\_2030\\_Komplettfassung.pdf](http://www.bund-saar.de/cms/upload/pdf/energiestudie/Saarland_2030_Komplettfassung.pdf)

Kurzfassung:

[http://www.bund-saar.de/cms/upload/pdf/energiestudie/Saarland\\_2030\\_Kurzfassung.pdf](http://www.bund-saar.de/cms/upload/pdf/energiestudie/Saarland_2030_Kurzfassung.pdf)

## **Auf dem Weg zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien vor Ort**

Wie nutzt man die Energiequellen, die vor der Haustür liegen? Wer genehmigt den Bau einer Windkraft- oder Biogasanlage? Wie kann ich die Anwohner meines Ortes für Erneuerbare Energien begeistern?

Die Agentur für Erneuerbare Energien hat Bürgermeister, Landräte und Unternehmer in beispielhaften Kommunen nach ihren Erfahrungen mit Erneuerbaren-Energien-Projekten befragt. Entstanden sind mitreißende Berichte und Filmbeiträge, die auf der Internetplattform [www.kommunal-erneuerbar.de](http://www.kommunal-erneuerbar.de) abgerufen werden können. Darin zeigen die „Kommunalen Macher“, wie sie mit Erneuerbaren Energien vor Ort eine unabhängige Energieversorgung und mehr lokale Wertschöpfung umsetzen. Die Kommunalberichte liefern Erfolgsfaktoren und Lösungsvorschläge für die schwierigen Fragen im Umsetzungsprozess von Erneuerbaren-Energien-Projekten. Die einzelnen Schritte – von der Idee bis zur Inbetriebnahme einer Anlage – werden praxisnah beleuchtet. Hauptbeweggrund beim Umstieg auf heimische Ressourcen ist in vielen Kommunen der Wunsch nach Unabhängigkeit von steigenden Kosten.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.kommunal-erneuerbar.de](http://www.kommunal-erneuerbar.de)

# Großregion Saar-Lor-Lux als Atom-Endlager verhindern!

von Markus Pflüger (Stop Bure Gruppe Trier)

Neben einem Endlager für hochradioaktiven Müll in Bure (Einlagerung auch aus Deutschland voraussichtlich ab 2025, siehe Artikel unten), ist in Lothringen jetzt ein weiteres Endlager für schwachradioaktiven Müll geplant; die Ausschreibung endete am 31.10.08. Zuletzt war das Örtchen Dalhain als Standort im Gespräch, seine Bürger wehrten sich jedoch mit Erfolg (<http://av.sr-online.de/index.php?c=1681>). Zudem gibt es in der benachbarten Region (l'Aube) schon Lager für mittelradioaktiven Müll (Soulaines und Morvilliers). Das Endlager Bure entstehe "im Windschatten medialer Wahrnehmung" schrieb das Parlament in der Ausgabe 47 vom 20.11.2006 ([www.das-parlament.de/2006/47/Europa/004.html](http://www.das-parlament.de/2006/47/Europa/004.html)) Das sollte sich endlich ändern. Das Widerstandshaus "Bure Zone Libre" und die Initiativen "Stop Bure" gegen das Endlager für hochradioaktiven Müll in Bure brauchen unsere grenzüberschreitende Solidarität: <http://bure-stop.free.fr> <http://burezonelibre.free.fr/>

Atomfeindliche Grüße,  
Markus Pflueger (Stop Bure Gruppe Trier)

Gute Hintergrundartikel:  
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23279/1.html>  
[http://www.akweb.de/ak\\_s/ak439/18.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak439/18.htm)  
<http://de.indymedia.org/2007/08/191015.shtml>  
<http://www.anti-atom-aktuell.de/archiv/183/183widerstand.html>  
<http://neckarwestheim.antiatom.de/akt/05/bure1.htm>

„Trierischer Volksfreund“ 10.11.2008

## Eine Million Jahre unter der Erde

Von Bernd Wientjes

Deutschland sucht, Frankreich auch: Beide Länder haben noch immer kein Endlager für Atommüll. Im lothringischen Bure soll ein solches entstehen. Deutschland ist an dem dortigen Forschungslabor bereits beteiligt. Deutschland sucht, Frankreich auch: Beide Länder haben noch immer kein Endlager für Atommüll. Im lothringischen Bure soll ein solches entstehen. Deutschland ist an dem dortigen Forschungslabor bereits beteiligt.

Gorleben/Bure. Deutschland hat ein Problem. Es gibt noch immer kein Endlager für die hoch radioaktiven Abfällen aus den Atomkraftwerken. Das wird immer dann bewusst, wenn - wie jetzt - mal wieder ein Castor-Transport durch die Republik rollt, begleitet von Protesten und einem riesigen Polizeiaufgebot. Ziel des Atommüllproblems ist Gorleben, dort sollen die mit radioaktivem Abfall gefüllten Fässer in einer Halle zwischengelagert werden. Ein Zwischenlager als Zwischenlösung.

## Strahlenmüll kann auf Tonerde gelagert werden

Auch Frankreich hat ein Problem. Für die 19 Atomkraftwerke des Nachbarlandes gibt es ebenfalls kein Endlager. Noch nicht. Vor acht Jahren wurde im lothringischen Bure in der Nähe von Nancy in einem 500 Meter tiefen Stollen ein Forschungslabor eingerichtet. In einem 500 Meter langen, 4,5 Meter hohen und 3,5 Meter breiten Tunnel untersuchen Wissenschaftler, ob die dortige Lehmschicht für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen geeignet ist. Mittlerweile steht fest: In der Tonerde kann Atommüll bis zu einer Million Jahre gelagert werden. Nicht nur diese Erkenntnis, sondern auch der Aufwand, mit dem in Bure,

---

das rund 200 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt ist, geforscht und gearbeitet wird, lässt Atomkraftgegner befürchten, dass die Entscheidung für den Standort eines Endlagers längst getroffen ist. Bure sei kein Forschungslabor sondern ein Endlager, sagen Gegner der Anlage (der TV berichtete). Und nicht nur das: Wenn in Bure ein Endlager entsteht, dann soll dort auch Atommüll aus dem Ausland gelagert werden, befürchten Umweltschützer. "Alles Quatsch", heißt es bei der Betreiberfirma des angeblichen Forschungslabors, der französischen Entsorgungsagentur Andra. In Frankreich sei es verboten, Atommüll aus dem Ausland zu lagern.

"Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle im eigenen Land endzulagern sind", antwortete am 16. September der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Jochen Homann, auf die Frage der Bitburger Grünen-Bundestagsabgeordneten Ulrike Höfken, ob Deutschland seinen Atommüll in Bure einlagern will. Allerdings seien deutsche Forschungseinrichtungen "im Rahmen wissenschaftlicher Zusammenarbeit" an der Arbeit in Bure beteiligt, ergänzt Homann auf die parlamentarische Anfrage der Eifeler Abgeordneten. Erst Anfang Juli besichtigten Ministeriumsmitarbeiter die Anlage in Lothringen. Auf eine Anfrage der Linkspartei gab das Wirtschaftsministerium zu, dass seit 2000 rund 1,6 Millionen Euro deutscher Steuergelder nach Bure geflossen sind, bis 2011 sollen weitere Mittel bereitgestellt werden.

Nicht nur die Kooperation der beiden Länder, sondern auch die aktuellen Proteste gegen den Castor-Transport mit einem Millionen Euro teuren Polizeieinsatz in Deutschland geben der Spekulation über ein gemeinsames Endlager in Bure wieder neue Nahrung. Der Standort liegt auf der Route von der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague in Richtung Deutschland. Da sei die Versuchung natürlich groß, mutmaßt Michel Marie, Sprecher der Bürgerinitiative gegen ein Endlager in Bure. Der nun wieder erstarkte Atom-Widerstand könnte sich im Übrigen auch auf die Region auswirken. Während nämlich die Castor-Transporte, begleitet von massenhaften Protesten, durch die Republik rollen, fahren regelmäßig fast unbemerkt von der Öffentlichkeit Atomtransporte durch die Region. Die Züge bringen Uranhexafluorid zu einer Anreicherungsanlage nach Frankreich. Erst kürzlich wurde ein solcher Zug an der deutsch-französischen Grenze wegen Überladung aus dem Verkehr gezogen. Nicht auszuschließen, dass die Blockade des Castor-Transports auch die Atomgegner in der Region wieder aufstehen lässt.

Quelle: [www.volksfreund.de/nachrichten/themendestages/themenderzeit/Weitere-Themen-des-Tages-Gorleben-Bure-Atom-atomm-252-ll-endlager-castor-atomgegner;art742,1883622](http://www.volksfreund.de/nachrichten/themendestages/themenderzeit/Weitere-Themen-des-Tages-Gorleben-Bure-Atom-atomm-252-ll-endlager-castor-atomgegner;art742,1883622)

Trierischer Volksfreund 11.08.2008

### **Großregion als Atom-Müll-Lager?**

Von Bernd Wientjes

Bei der Suche nach Standorten für die Endlagerung von Atommüll favorisieren die französischen Behörden offenbar Gemeinden in Lothringen. Im Gespräch sind auch Orte nahe der deutschen und der luxemburgische Grenze.

Metz. Ernsthaften Widerstand gegen Atomkraft gibt es in Frankreich eigentlich nicht. Strom aus Kernkraft - das ist für die meisten Franzosen nichts Anstößiges, immerhin stammen 80 Prozent des französischen Stroms aus Atomkraftwerken. Selbst die neuesten Pläne der Atombehörde, nach dem Standort für ein Endlager für hoch radioaktiven Müll im lothringischen Bure (der TV berichtete) in unmittelbarer Nachbarschaft und nahe der deutschen Grenze ein zweites Lager für schwach radioaktive Abfälle zu errichten, erregt keine große Aufmerksamkeit. Zwar melden die Grünen pflichtgemäß Bedenken an, auch hat sich eine Bürgerinitiative gegen die Pläne gebildet, aber breiten Protest in Frankreichs Bevölkerung hat die Ankündigung nicht ausgelöst.

Dabei scheint nach einem Bericht der lothringischen Tageszeitung *Republicain Lorrain* bereits eine Vorentscheidung für einen Standort gefallen zu sein.

---

Insgesamt hat die Nationale Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle (Andra) 3115 Bürgermeister in Frankreich angeschrieben. Bis Ende Oktober sollen sie mitteilen, ob sie an einem solchen Endlager, das ab 2019 in Betrieb genommen werden soll, interessiert sind. Offiziell wurde noch kein Standort favorisiert. Doch vieles deutet darauf hin, dass das Lager in Lothringen errichtet werden soll. Die Andra, die auch die offiziell noch als Versuchslabor bezeichnete Anlage in Bure (150 Kilometer von Trier entfernt) betreibt, hält den tonhaltigen Boden in Lothringen für am besten geeignet für die Lagerung von schwach radioaktivem Müll. Als denkbare Standorte kommen offenbar auch Orte wie Bouzonville, Saargemünd oder Freyming-Merlebach nahe der saarländischen Grenze infrage. Auch der 2000-Seelen-Ort Montmédy im französisch-belgisch-luxemburgischen Dreiländereck wird genannt. Gegner der Pläne befürchten, dass damit die Großregion zur Atommüllkippe Frankreichs werden könnte, wenn ein zweites Lager dort gebaut werde. Denn dass der 500 Meter tiefe Stollen in Bure tatsächlich zum atomaren Endlager werden wird, daran gibt es kaum noch Zweifel. Seit Jahren sucht Frankreich einen entsprechenden Standort. Bure ist die einzige Anlage, in der derzeit die Endlagerung von Atommüll getestet wird.

Derzeit lagern 1800 Kubikmeter Atommüll in Stollen der Wiederaufbereitungsanlage im nordfranzösischen La Hague. Experten gehen davon aus, dass ab 2025 in Bure Atommüll, möglicherweise auch aus Deutschland, gelagert wird.

## **Terminhinweis**

### **Klimaschutzinitiative – Eine Chance für Kommunen**

Die gemeinsame Veranstaltung von Umweltministerium, HTW und IZES will Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen über die Klimaschutzinitiative der Bundesregierung und die hiermit verbundenen Förderprogramme informieren. Die Initiative wird von Astrid Klug, Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, vorgestellt.

Seit Beginn des Jahres 2008 stehen dem Bundesumweltministerium (BMU) aus dem Verkauf von Emissionshandelszertifikaten bis zu 400 Mio. € für eine Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Davon sollen 280 Mio. € in die Förderung nationaler Projekte fließen. In diesem Rahmen können Förderanträge von Kommunen, öffentlichen Einrichtungen, Privatpersonen und der gewerblichen Wirtschaft gestellt werden. Die kostenlose Veranstaltung will zu diesen Aspekten Anregungen geben und gute Beispiele zeigen. Das Programm mit Anmeldung kann unter [www.izes.de](http://www.izes.de) herunter geladen werden.

**Wann? Freitag, 12.12.2008, 9.00 – ca. 13.00 Uhr**

**Wo? Hörsaal 8025 im neuen Gebäude der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW),  
Goebenstr. 40, Saarbrücken**

**Zielgruppe: Kommunen, Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen, Energieunternehmen**

09.00 – 09.10 Uhr Begrüßung durch Prof. Dr. Wolfgang Cornetz, Rektor der HTW

09.10 – 10.00 Uhr Die Klimaschutzinitiative der Bundesregierung  
Astrid Klug, Parlamentarische Staatssekretärin im BMU

10.00 – 10.35 Uhr Das saarländische Klimaschutzkonzept  
Umweltminister Stefan Mörsdorf

10.35 – 10.50 Uhr Kaffeepause

10.50 – 11.15 Uhr Das neue EEG  
Prof. Frank Baur / Dr. Andreas Neff, IZES gGmbH

